

1. Der Langzeitpolitiker: Wolfgang Schäuble
Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Offenburg (1972 – 2023)
Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion (1981 – 1984)
Chef des Kanzleramtes (1984 – 1987)
Bundesinnenminister (1987 – 1991)
Fraktionsvorsitzender der CDU (1991 – 2000)
Oppositionsführer (1998 – 2000)

Bundesinnenminister (2005 – 2009)
Bundesfinanzminister (2009 – 2017)
Bundestagspräsident (2017 – 2021)
Alterspräsident des Bundestages (2021)
Erinnerungen: Meine Leben in der Politik (2023 – 2024)

Wolfgang Schäuble (1942 – 2023) Wolfgang Schäuble stammt aus einer bürgerlichen badisch-württembergischen Familie. Er wurde 1942 als ältester von drei Söhnen in Freiburg geboren, die konservativ evangelische Familie lebte in Hornberg/Schwarzwald, und Wolfgang besuchte dort die Grundschule und dann das Gymnasium in Triberg und Wolfach, wo er 1961 das Abitur machte. In seiner Schulzeit schrieb er gelegentlich Lokalartikel für den Schwarzwälder Boten und war Mitgründer der Schülerzeitung Tintenfass. Von 1961 an studierte er Rechtswissenschaften, zuerst in Freiburg, dann in Hamburg und schloss 1970 mit dem zweiten juristischen Staatsexamen ab. 1971 arbeitete er in Freiburg an seiner Dissertation über „Die berufsrechtliche Stellung der Wirtschaftsprüfer in Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ und trat 1972 in die Finanzverwaltung Baden-Württembergs ein, als Regierungsrat im Finanzamt Freiburg. In seinen Erinnerungen schreibt er: *Der Schwarzwald hat mich geprägt – es ist nicht zu leugnen: bis in meine Sprachfärbung. Er ist meine Heimat. Dieser sehr deutsche Begriff drückt viel von dem aus, was mir wichtig ist: Herkunft, Nähe und Vertrautheit, Tradition.* (S. 22)

Der Weg in die CDU Unter dem Eindruck des Mauerbaus 1961 trat Wolfgang Schäuble in Freiburg in die Junge Union und dann auch in den RCDS, den Ring christdemokratischer Studenten ein und übernahm dort auch kleinere Funktionen. 1965 wurde er CDU-Mitglied. Das entsprang seiner Überzeugung, hatte aber zunächst keine größeren Konsequenzen, auch weil er für den zweiten Teil seiner Ausbildung in Hamburg war. Sein erster größerer Posten war Vorsitzender des CDU-Fachausschusses Sport von 1976 bis 1984, kein sehr wichtiges Amt, das aber seinen Interessen entsprach, ihn jedoch auch über Freiburg und Baden-Württemberg bekannt machte. Bei der Bundestagswahl 1972 wurde er mit Dreißig als Abgeordneter für Offenburg direkt gewähltes Mitglied des Bundestags und damit von der Finanzverwaltung beurlaubt. Als junger Abgeordneter stimmte er geheim für die Ostverträge Willy Brandts, weil er sie für richtig hielt, auch wenn die CDU bei der Wahl und nachher im Bundestag heftig dagegen war. Als junger Abgeordneter fiel er nicht sonderlich auf, doch die Eingeweihten erkannten seine Ernsthaftigkeit und seinen Arbeitswillen. Als 1981 Helmut Kohl mit einem erfolgreichen Misstrauensvotum als Kanzler eine neue Regierung CDU-FDP bildete und es zu etlichen personellen Veränderungen kam, wurde Schäuble Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, ein wichtiger Zuarbeiter und Weichensteller für die Zusammenarbeit von Fraktion und Regierung. Dazu muss er Helmut Kohl, der sich gern mit „eigenen“ Leuten umgab, schon vorher positiv aufgefallen sein. 1984 musste er als Fraktionsgeschäftsführer die Flickaffäre managen, in der Kohl nur wegen eines von Geißler ins Gespräch gebrachten „Blackouts“ einem Meineidsverfahren entging. Es gab eine wohl von Kohl eingerichtete Fraktionskasse, die nicht zu den Finanzen der CDU zählte und nicht vom Rechnungshof kontrolliert wurde und aus der sich Kohl für bestimmte Zwecke bediente. Schäuble begriff erst später, dass das alles illegal war.

In der Regierungsarbeit Schäuble bewährte sich mit seiner Arbeit als Fraktionsgeschäftsführer so gut, dass Kohl ihn 1984 zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt machte, zum Organisator und Mediator der Regierungsarbeit. Er war die „letzte Patrone Helmut Kohls“, wie der Spiegel titelte. Er musste die in Verruf gekommene Regierungsarbeit straffen, glätten und unangreifbarer machen. *Im Rückblick überlagern sich die verschiedenen Erfahrungsebenen in meiner Zeit als Kanzleramtsminister. Einerseits eröffneten sich viele Möglichkeiten, Regierungspolitik mitzugestalten und im Austausch mit Helmut Kohl auch Einfluss zu nehmen. Die Zusammenarbeit war eng und legte das Fundament für die jahrelange erfolgreiche Kooperation, die erst 1998 endete. Ich habe Grund, Kohl für vieles dankbar zu sein, und meine Karriere bleibt unmittelbar mit seiner Kanzlerschaft verknüpft. Andererseits war dieses Verhältnis keine Einbahnstraße, und Kohl hat mich gewiss nicht allein aus Gefälligkeitsgründen gefördert. Ich habe in diesen Jahren hart gearbeitet, den Laden zusammengehalten und manches Mal die Grenzen der Belastbarkeit gespürt. Vor allem, wenn ich als Feuerwehrmann agieren musste. Pausenlos gab es Brände zu löschen, ob im Streit mit den Vertriebenenverbänden oder der CSU, wegen Unstimmigkeiten mit der FDP und Querelen mit der niedersächsischen Landesregierung um die Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Buschhaus oder wegen der Flugbenzinaffäre. Über viele Fragen wurde endlos gestritten, lange ohne Ergebnis. Ich wusste nicht, dass ich zu irgendeiner Zeit Kohl hätte verantwortlich machen wollen. Es gab zwischen uns nie ein ernsthaftes Zerwürfnis. Aber wir standen alle wahnsinnig unter Druck. Die Umstände waren schwierig, und ich spürte die Last eines Amtes, in dem ich immer zu funktionieren und zu reagieren hatte. (Erinnerungen, S. 156/157).*

Bundesinnenminister und Deutsche Einheit Das dritte Kabinett Kohl nach der Bundestagswahl 1987 musste viele Veränderungen hinnehmen. So ging Verteidigungsminister Manfred Wörner im Mai 1988 als Nato-Generalsekretär nach Brüssel und Wirtschaftsminister Martin Bangemann im Oktober 1988 zur Europäischen Kommission. Der Tod des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß im Oktober 1988 führte zu erheblichen Veränderungen in der CSU und in der Regierung. Sein Nachfolger Theo Waigel musste als Anerkennung und Aufwertung ein gewichtiges Ressort erhalten und wurde Finanzminister. Der angesehene Finanzminister Stoltenberg wurde dafür Verteidigungsminister. Das Innenministerium hielt bisher Friedrich Zimmermann von der CSU, aber die CSU hatte keinen Anspruch auf zwei Schlüsselressorts, und Zimmermann wurde deshalb ins Verkehrsministerium abgeschoben. Zu allem gab es in der CDU eine Oppositionsgruppe um Heiner Geißler, Lothar Späth und Günther H. Oettinger, die Strauß noch vor der nächsten Bundestagswahl ablösen wollte. Schäuble sagte Geißler klar, dass er das für falsch halte und für einen Putsch gegen Kohl nicht zur Verfügung stehe. Dafür bot ihm Kohl das durch die Versetzung Zimmermanns freigewordene Innenministerium an, und so wurde Wolfgang Schäuble am 21. 4. 1989 Innenminister. Ein Hauptproblem war immer noch die innere Sicherheit und die Attentate und Terroranschläge der RAF. Aber auch die Zusammenarbeit mit der DDR gehörten zum Aufgabenbereich des Innenministers (weil das ja nicht zum Außenministerium gehören durfte), und das sollte im Lauf des Jahres 1989 sehr wichtig werden. Schäuble hatte 1987 beim Nichtstaatsbesuch Erich Honecker vom Flughafen abgeholt und ins Kanzleramt gebracht, und die höchste Nomenklatura gehörte immer noch zu seinen Gesprächspartnern. Aber im Herbst 1989 wurde immer deutlicher, wie schwierig die Lage in der DDR war. Mit den Montagsdemonstrationen bröckelte die staatliche Autorität, neue politische Gruppen und Foren bildeten sich, und die in Frage gestellte staatliche Ordnung traute sich nicht mehr, mit voller Härte durchzugreifen. Mit der Ankündigung Schabowskis und dem Sturm auf die Mauer am 9. November 1989 war plötzlich alles offen, die Neuordnung der DDR wurde in verschiedenen Gremien, Foren und Runden Tischen diskutiert, die Regierung wurde umgebildet und die erste freie Volkskammerwahl auf den 18. März 1990 festgelegt. Nach der Wahl bildete Lothar de Maizière von der CDU eine neue Regierung, aber inzwischen war klar, dass der Druck auf eine schnelle Wiedervereinigung zu stark war und dass eine Reformierung der DDR und die Koexistenz zweier deutscher Staaten nicht mehr das Ziel war. Wolfgang Schäuble hat als zuständiger westdeutscher Innenminister diese Entwicklung in unzähligen Gesprächen begleitet und wohl auch im Auftrag von Kohl gesteuert. Helmut Kohl bemühte sich vor allem um die außenpolitische Absicherung der Wiedervereinigung, um die Zuständigkeit und das Mitspracherecht der vier Siegermächte. Wolfgang Schäuble war federführend bei den Verhandlungen mit der neuen Regierung, mit Lothar de Maizière, mit dem Innenminister Distel und dem Staatssekretär Günther Krause, dem offiziellen Verhandlungsführer für den Einigungsvertrag. Dafür gab es keine Vorlage,

es war eine völlig neue Aufgabe, zwei unterschiedliche Staats- und Wirtschaftssysteme zusammen zu führen, und das unter Zeitdruck und ohne dass sich eine Seite zu stark über den Tisch gezogen fühlte. In der früheren DDR mussten die alten Länder wieder hergestellt werden, die Rechtssysteme mussten angeglichen werden, Schulsysteme und Studienabschlüsse. Am 18. Mai 1990 wurde der erste Staatsvertrag unterzeichnet, die Wirtschafts- und Währungsunion. Am 31. August 1990 unterzeichneten Schäuble und Krause den eigentlichen Einigungsvertrag, und am 12. September wurde in Moskau der Zwei-plus-Vier-Vertrag der beiden deutschen Staaten mit den Siegermächten unterzeichnet. Wir wissen heute, dass vieles hätte besser laufen können, dass die Goldgräberstimmung in der westdeutschen Wirtschaft viel zu groß war, aber dennoch war es ein ungeheurer Kraftakt, und Wolfgang Schäuble an führender Stelle dabei. Am 20. September stimmten Volkammer und Bundestag dem Vertrag zu, und am 3. Oktober wurde Deutschland offiziell vereinigt. *Richtig ist, dass es viele Warnungen vor nicht beherrschbaren ökonomischen Folgen gegeben hat und dass sich dann vieles tatsächlich als schwieriger erwies, als es 1990 von uns erwartet wurde. Wir gingen von Voraussetzungen, Annahmen und Daten aus, die sich mit Blick auf die Konkurrenzfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft nicht halten ließen. Auch hier rückt Richard Schröder unverdrossen seit Jahren Maßstäbe zurecht. Vor allem argumentiert er gegen die Legende von der >>bösen Treuhand<<, die gewiss nicht ohne Fehler war, aber eben auch ohne Vorbild auf völligem Neuland agierte. „Nicht die Treuhand, so Schröder, sondern die Maueröffnung hat große Teile der DDR-Wirtschaft ruiniert.“ (Erinnerungen S. 279)*

Das Attentat am 12. Oktober 1990

Neun Tage nach der Wiedervereinigung war Wolfgang Schäuble bei einer CDU-Veranstaltung in Offenburg, einem Heimspiel nach den großen Anstrengungen der letzten Monate.

Umringt von vielen Anhängern bahnte ich mir den Weg zum Ausgang, als sich ein Mann hinter mich drängte und aus nächster Nähe dreimal schoss. In meiner Erinnerung meine ich, die Schüsse wahrgenommen, sogar das Mündungsfeuer gespürt zu haben. Zwei Kugeln trafen mich, eine in die Wange, unterhalb des rechten Ohres, die zweite in den Rücken. Die dritte fing mein Leibwächter Klaus-Dieter Michalsky mit seinem Körper ab, als er sich auf den Schützen warf. Hätte auch sie mich getroffen, hätte ich wohl nicht überlebt. (Erinnerungen, S. 281)

Die Erschütterung war groß. Zunächst war nicht klar, ob Wolfgang Schäuble das Attentat überleben würde. In der Neurochirurgischen Klinik in Freiburg kämpften sie um sein Leben, nahmen aber auch wichtige Operationen vor. Nach fünf Tagen erwachte er aus dem Koma, aber seine Beine waren gelähmt. Nachdem Querschnittslähmung und Rollstuhl als Schicksal feststanden, war es Schäuble bald klar, dass er auf die Politik, „sein Leben“ nicht auch noch verzichten wollte und alles für den baldigen Wiedereinstieg unternehmen würde. Bei der Rehabilitation in Langensteinbach versuchte er, sich an die neuen Geräte und Abhängigkeiten zu gewöhnen, vor allem an den Umgang mit dem Rollstuhl. Er setzte die Normalisierungsphase zuhause fort, aber schon nach fünfundvierzig Tagen nahm er als Innenminister an der ersten Kabinettsitzung in Bonn teil. Er führte die Tarifverhandlungen mit der ÖTV und Monika Wulf-Mathies, er leitete die Geschäfte im Innenministerium, und er hielt zwei entscheidende Reden für Berlin als Bundeshauptstadt, die erste bei einem Landesparteitag der CDU in Baden-Württemberg, die zweite in der Bundestagsdebatte in Bonn am 20. Juni 1991, seine nach eigenem Eingeständnis beste Rede, die die Entscheidung für Berlin wesentlich beeinflusste. Inzwischen war aber am 2. Dezember 1990 Bundestagswahl gewesen, die erste gesamtdeutsche Wahl, und Helmut Kohl konnte seine Koalition weiterführen und eine neue Regierung bilden. Der alter Fraktionschef Dregger war amts müde, und die Fraktion wollte Schäuble als Nachfolger. Mit dem Attentat war etwas in dem alten engen Verhältnis zwischen Kohl und Schäuble passiert, vielleicht hatte Kohl den Weggefährten zu schnell abgeschrieben und aufgegeben und wollte seine Rückkehr in die Politik gar nicht. Der jüngere Bruder Thomas sagte 2002 nach dem Rücktritt Schäubles; „Ich verabscheue Herrn Kohl, und da kann ich für die ganze Familie sprechen“, also auch für Wolfgang. Es war also nicht verwunderlich, dass Schäuble in der neuen Regierung nicht mehr vertreten war, und vielleicht auch, dass er als Fraktionsvorsitzender der CDU zu einem parteiinternen Gegengewicht zu Kohl wurde. Auf dem Hamburger CDU-Parteitag im Oktober 1990 war Schäuble mit 96% Zustimmung in den Parteivorstand gewählt worden.

Fraktionsvorsitzender 1991 – 2000

Die Aufgabe des Fraktionsvorsitzenden war es, die Zusammenarbeit von Regierungsarbeit und Parlamentsmehrheit zu organisieren, bei einer Koalitionsregierung auch mit den anderen Fraktionen, der FDP und der CSU-Landesgruppe. Ein großes Problem war die anwachsende Migration, anwachsend wegen der Öffnung nach Osten, wegen der Familienzusammenführung, wegen des Nachzugs von Deutschstämmigen und auch wegen des Zerfalls von Jugoslawien und der Jugoslawienkriege. Die Stimmung änderte sich, rechtsnationale Parteien hatten in den Landtagswahlen Erfolge, es kam zu ernsthaften Vorfällen, zuerst im Osten, 1991 in Hoyerswerda und 1992 in Rostock-Lichtenhagen, 1992 auch im Westen, in Mölln und in Solingen. Dabei ist die politische Lage gar nicht so einfach. Deutschland brauchte die Zuwanderung, die Flüchtlinge und die Vertriebenen nach 1945, den Zustrom aus der DDR, die Gastarbeiter und Zuwanderer für seinen wirtschaftlichen Aufschwung. Deutschland war aber offiziell kein Zuwanderungsland und es gab keine Regelungen, und die Zuwanderung erfolgte über Asyl und Flüchtlingsstatus, etwa aus Afghanistan nach 1979 in verschiedenen Wellen oder seit 2011 aus Syrien. Man versuchte, durch ein Arbeitsverbot bis zur Klärung des Status Deutschland weniger attraktiv zu machen, aber das stärkte nur die Schwarzarbeit, und das Nichtstun in den entsprechenden Einrichtungen „auf unsere Kosten“ verärgerte die Deutschen noch mehr. Die menschenrechtlichen europäischen Auflagen wuchsen, Asylverfahren dauerten immer länger, die bürokratischen Hemmnisse wurden skandalös, die angebliche höhere Kriminalität der Ausländer verschlechterte die Stimmung weiter. Gleichzeitig wuchs der Druck auf mehr ausländische Arbeitskräfte, etwa unsere medizinischen Einrichtungen wären ohne sie heute nicht mehr arbeitsfähig. In der CDU gab es eine starke Stimmung, das Thema in Wahlkämpfen aufzugreifen und die SPD, die nicht für die Einschränkung des Asylrechts zu gewinnen war und eine Grundgesetzänderung blockierte, vorzuführen, so etwa Erwin Teufel, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Schäuble war dagegen, er sah die Chance, zu einem Kompromiss kommen. Der wurde am 26. Mai 1993 mit den notwendigen Grundgesetzänderungen beschlossen und an mehreren Schrauben gedreht. Dieser Kompromiss beruhigte die Lage, das Thema verschwand für mehrere Jahre aus der öffentlichen Diskussion. Ein weiteres Thema war die deutsche Einheit, die Kohl ohne Steuererhöhungen finanzieren wollte, für die Schäuble aber als nationale Aufgabe eine stärkere Belastung forderte, den Solidaritätszuschlag, der 1991 ursprünglich für ein Jahr erhoben wurde, der jedoch 2024 für höhere Einkommen immer noch erhoben wird. Auch für Europa stand nicht nur die Einführung des EURO an, die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen, sondern auch die Osterweiterung, die Aufnahme der ehemaligen Satellitenstaaten in die EU und in die NATO, und auch hier war Schäuble ein Vordenker und ein Pragmatiker, der nach Wegen und Lösungen suchte. Und dazu kamen die versprochenen „blühenden Landschaften“, ein Versprechen, das sich nur sehr langsam erfüllte. 1994 stand die Nachfolge von Weizsäcker als Bundespräsident an. Schäuble war für den ostdeutschen SPD-Politiker Richard Schröder, der im Wiedervereinigungsprozess viel geleistet hatte, aber die SPD war für Johannes Rau, und Kohl schlug den sächsischen Justizminister Steffen Heitmann vor. Doch der machte in einigen Interviews seltsame Aussagen zur Rolle der Frau, zur deutschen Geschichte, zum Holocaust oder zur Migration, die CDU zögerte, Heitmann trat zurück und als Ersatzkandidat wurde der Verfassungsgerichtspräsident Roman Herzog Präsident.

Bei der Bundestagswahl im September 1994 konnte die Regierung Kohl sich knapp behaupten, aber immer mehr Landesregierungen gehörten zur Opposition, und für das Weiterregieren waren ständige Kompromisse mit dem Bundesrat nötig. So avancierte „Reformstau“ zum Wort des Jahres 1997. Wolfgang Schäuble wurde unangefochten als Fraktionsvorsitzender wiedergewählt. Eine von ihm ausgearbeitete Rentenreform, die stufenweise Absenkung des Rentenniveaus auf 65% wurde im Herbst 1997 von der Regierung beschlossen, aber wegen der Anfeindung als „Rentenkürzung“ bei einer Klausur von CDU und CSU aus Mutlosigkeit (so der nicht anwesende Schäuble) bis nach der nächsten Bundestagswahl ausgesetzt. Auch Bundeskanzler Kohl, der dem Projekt ursprünglich zugestimmt hatte, stimmte für die Aussetzung. Hier wird ein Zug von Wolfgang Schäuble deutlich: wenn er etwas als richtig erkannt hat, will er es auch durchzusetzen. *„Es kostete mich viele Stunden der Überzeugungsarbeit und härteste Auseinandersetzungen mit Norbert Blüm, bis wir den demografischen Faktor in der Rentenversicherung einführen konnten. Im Juli 1997 einigten wir uns endlich auf diesen revolutionären Schritt, der nach Meinung aller Rentenexperten unabdingbar war, wenn wir das berühmt gewordene Versprechen Blüms – Die Rente ist sicher! – halbwegs einlösen wollten (Erinnerungen, S. 334).“* Schäuble hatte deshalb kein Verständnis für das Aussetzen der (notwendigen und richtigen) Entscheidung.

Bundestagswahl 1998 - Spendenaffäre

Gerhard Schröder gewann am 1. März 1998 zum zweiten Mal die Landtagswahl in Niedersachsen mit absoluter Mehrheit und wurde damit Spitzenkandidat der SPD für die Bundestagswahl im September. Er strebte eine rot-grüne Koalition an. Auch Wolfgang Schäuble hatte den Aufstieg der Grünen mit Interesse verfolgt und an eine mögliche schwarz-grüne Koalition gedacht. Deshalb sprach er von einer notwendigen ökologischen Steuerreform. Dafür wurde er in der CDU und vor allem in der CSU heftig angegriffen, auch von Helmut Kohl. Die Umfragewerte waren schlecht, Kohl benannte Schäuble als seinen möglichen Nachfolger, aber er wollte als Kanzlerkandidat die Wahl gewinnen und selber bestimmen, wann er den Stab weitergeben würde. Die CDU/CSU erhielt 35,1%, die SPD 40,9%, die Grünen 6,7% und die FDP 6,2%, die Regierung war abgewählt und Schröder bildete eine rot-grüne Regierung mit Joschka Fischer. Für die CDU war es nach 18 Jahren Dauerregierung unter Helmut Kohl ein Schock. Helmut Kohl trat als Parteivorsitzender zurück und wurde Ehrenvorsitzender. Wolfgang Schäuble blieb Fraktionsvorsitzender und wurde Parteivorsitzender, Angela Merkel Geschäftsführerin. Schäuble war damit Oppositionsführer, und die neue Regierung machte so viele Fehler (etwa das Zerwürfnis zwischen Lafontaine und Schröder und der Rücktritt Lafontaines als Finanzminister), dass es der CDU gelang, in der Opposition wieder Tritt zu fassen. Das alles änderte sich durch die Spendenaffäre. Es war schon immer klar, dass Kohl zu den Parteifinzen ein undurchsichtiges Verhältnis hatte. Es gab 1999 Ermittlungen gegen den früheren CDU-Schatzmeister Leisler Kiep und andere, aber am 30. November erklärte Kohl in einem Interview, dass es schwarze Kassen gegeben habe, er sprach von 2,1 Millionen und von Spendern, denen er sein Ehrenwort gegeben habe, sie nicht öffentlich zu nennen. Damit stellte sich Kohl eindeutig über das Gesetz, und er löste eine Fülle von Erklärungen, Vermutungen, Verdächtigungen aus. Im Endeffekt ging es um schwarze Konten und nicht gemeldete Spenden von über 20 Millionen. Kohl legte den Ehrenvorsitz der CDU ab und kämpfte fortan nur noch um seine Rehabilitation, auch gegen seine Partei. Wolfgang Schäuble hatte manches gewusst, war aber eigentlich nicht im Zentrum der Affäre. Er hatte 1994 von dem Waffenhändler Schreiber einen Umschlag mit hunderttausend DM entgegengenommen und an die Bundesschatzmeisterin Baumeister weitergegeben. Am Anfang wollte er sich an nichts erinnern, später musste er zugeben, Schreiber mehrmals getroffen zu haben, und zum Verbleib des Geldes gab es widersprüchliche Angaben, sogar ein Prozess wegen Falschaussage drohte ihm. Es wurde also eng um Schäuble. In die Tage vor seinem Rücktritt fällt auch die letzte Unterredung mit Helmut Kohl und der endgültige Bruch. Am 16. Februar 2000 erklärte Schäuble seinen Rücktritt als Fraktions- und Parteivorsitzender. Sein Nachfolger in der Fraktion wurde Friedrich Merz, Parteivorsitzende wurde Angela Merkel. Das war nach dem Attentat der zweite schwere Einschnitt. Schäuble schien mit 57 Jahren am Ende, aber er blieb weiterhin besessen von der Politik. Er blieb Bundestagsabgeordneter und Mitglied der Fraktion, doch er fühlte sich als „Untoter“, der von ihm geliebte Politikbetrieb lief ohne ihn weiter. Es gab immer wieder Vorschläge für eine neue Karriere, doch zum Teil waren sie aus der Kohl-Ecke gesteuert und vergiftet, und alles versickerte schon im Vorfeld. Die Bundestagswahl 2002 wurde noch von Schröder gewonnen, die Wirtschaft lief nicht gut, die Arbeitslosenzahlen stagnierten auf hohem Niveau, und die Regierung begann nun mit den Arbeiten an der Agenda 21, der Einführung von Hartz IV und den Leichtlohngruppen, die von ihrem Einkommen nicht mehr normal leben konnten. Das führte zur zunehmenden Entfremdung zwischen den Altpolitikern Schröder und Fischer und den sie tragenden Parteien und im Herbst 2005 zu einer vorgezogenen Bundestagswahl.

Angela Merkel war die unangefochtene Kanzlerkandidatin der CDU/CSU, und sie strebte eigentlich eine Neuauflage der Koalition mit der FDP an. Sie berief Schäuble in ihr Kompetenzteam und versprach ihm ein zentrales Ministerium. Auch der Heidelberger Jurist und Verfassungsrichter Paul Kirchhof gehörte zum Kompetenzteam. Er war der Autor eines vereinfachten Einkommenssteuersystems mit klaren Bestimmungen und ohne Ausnahmeregelungen. Schröder nützte das, um aus dem „Professor aus Heidelberg“ einen antisozialen Bürgerschreck zu machen. Damit hätte er die Wahl fast noch für sich entschieden. Die Union mit 35,2% und die SPD mit 34,2% lagen dicht beieinander, die FDP hatte 9,8%, es reichte nicht für die CDU-FDP-Koalition, und im Endeffekt blieb nur eine Große Koalition mit zwei fast gleichstarken Partnern. Die SPD stellte mit Steinmeier den Außenminister und mit Peer Steinbrück den Finanzminister. Angela Merkel bot Wolfgang Schäuble das Innenministerium an. Damit begann seine letzte Phase, als enger Mitarbeiter von Merkel, als „letzter Dinosaurier der Ära Kohl“, in einer Atmosphäre der guten Zusammenarbeit, aber anders, weniger eng, selbstständiger, ein souveräner Ressortchef.

Wieder in der Bundesregierung

Schäuble kehrte also nach 14 Jahren ins Innenministerium zurück, aber unter ganz anderen Bedingungen. Damals war seine Hauptaufgabe die deutsche Einheit gewesen. Inzwischen hatte sich die Welt sehr verändert, mit Internet, Handytelefon und unkontrollierten Meinungsforen und mit dem islamistischen Terror, der seit 9/11 2001 zu einer unüberschaubaren Gefährdung der inneren Sicherheit in den westlichen Ländern wurde. Gleichzeitig wuchs der Islam bei uns zu einer zahlenmäßig großen Religionsgemeinschaft heran, mit eigenen Strukturen und Moscheen, die aber nicht mit unseren gut organisierten christlichen Kirchen vergleichbar waren, Wer konnte für den Islam sprechen, wer war eine legitimierte Autorität, mit wem konnte man eine verbindliche Absprache treffen? Schäuble sah das Problem und begann, eine Teilnehmerliste für eine Islamkonferenz aufzustellen, einen Gesprächskreis, in dem man sich näherkommen konnte. Das andere aber war die Globalisierung, die Internationalität, in Europa befördert durch das Wegfallen der Grenzkontrollen, durch den europäischen Schengenraum, durch den internationalen Luftverkehr. Harmlose Leute konnten sich in Terroristen verwandeln. Man musste also die Überwachung, die innere Sicherheit intensivieren, ohne dabei in den totalen Überwachungsstaat zu verfallen. Die Sicherheitsbehörden mussten dabei auch mit Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten, die nicht unseren Menschenrechtsvorstellungen entsprachen. In der Amtszeit von Schäuble als Innenminister veränderte sich viel, auch neue Überwachungsinstrumente, nicht nur die Kameras, sondern auch die Kontrolle des email-Verkehrs oder die Handy-Überwachung, nicht nur was technisch möglich war, auch was grundgesetzlich zulässig war. Schäuble stand für die BKA-Novelle und für die Reform der Bundespolizei, er stand auch für die Europäisierung und Internationalisierung der Innenpolitik, für die enge Zusammenarbeit mit allen möglichen Partnern. Dafür wurde er viel angegriffen, aber viele hatten auch Vertrauen in eine Sicherheitspolitik mit Augenmaß. 2008 kam es in den USA zu einer Banken- und Finanzkrise. Auslöser waren zu viele ohne Sicherheiten ausgegebene Hypothekenkredite. Im Gefolge gerieten auch große amerikanische Banken in Schwierigkeiten und mussten durch Staatskredite gerettet werden. Die Lehmann Brothers waren vor allem international engagiert und wurden deshalb nicht gerettet. Ihre Insolvenz führte auch in Deutschland zu Turbulenzen, die Kanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück beendeten, weil sie die Sparguthaben und Zinsen in Deutschland garantierten. Das waren aber nur die Vorläufer der kommenden Finanzkrisen. Bei der Bundestagswahl 2009 fiel die SPD deutlich zurück, auch die CDU verlor Stimmen, aber die FDP unter Guido Westerwelle erzielte 14,6%, und die bürgerliche Wunschkoalition war jetzt möglich. Vielleicht war die FDP gegen Schäuble als „Verfassungsschützer“ im Innenministerium, auf jeden Fall bot ihm Merkel in der neuen Regierung das Finanzministerium an. Finanz- und Wirtschaftspolitik, das war für Schäuble nicht nur eine reizvolle und spannende Aufgabe, sondern angesichts der sich abzeichnenden europäischen Währungs- und Eurokrise ging es bald um die Existenz der europäischen Gemeinschaft.



Nur wenige Tage vor meinem Amtsantritt Ende Oktober 2009 hatte der selbst erst gerade ins Amt gekommene griechische Finanzminister Giorgos Papakonstantinou zugeben müssen, dass sich Griechenlands Vorgängerregierung den Beitritt zum Euro mit gefälschten Haushaltszahlen erschlichen hatte. Die erschreckende Wahrheit, ein Etatdefizit von fünfzehn Prozent und ein Leistungsbilanzminus in gleicher Höhe brachte die Finanzministerkollegen in der Eurogruppe in Rage. Sie legte offen, dass das Land über seine Verhältnisse lebte und ein ganz erheblicher Sanierungsbedarf bestand. Die Finanzmärkte reagierten sofort und begannen, mögliche Risiken einer Staatspleite einzukalkulieren. Bereits im Frühjahr 2010 konnte sich Griechenland an den Märkten nicht mehr finanzieren. Es drohte der Staatsbankrott. Die Auswirkungen für die Stabilität der Gemeinschaftswährung und die Entwicklung der Weltwirtschaft waren unabsehbar. Dabei richteten sich die Blicke im Euroraum vor allem auf Irland und Portugal, in begrenztem Raum auf Spanien und Zypern, und zunehmend bereitete auch das überschuldete Italien große Sorgen. Da in der gemeinsamen Währung Zweifel an der Kreditwürdigkeit eines Landes nicht durch Veränderung des Wechselkurses korrigiert werden konnten, führten sie zwangsläufig, besonders bei den größeren Mitgliedsländern im Währungsverbund, zu Unruhe an den Finanzmärkten. Deutschland schien sicher, für andere sah es kritischer aus, und das drückte sich in den Zinsdifferenzen aus, den sogenannten spreads, die wegen des engen Zusammenhangs zwischen Banken und Staatshaushalt als Risikoprämie auf Staatsanleihen zu zahlen sind. Daraus ergaben sich Ansteckungsgefahren. Kurz gesagt: je größer die Krise etwa in Griechenland war, desto größer wurde der Druck, dass selbst Frankreich höhere Zinsen als Deutschland leisten musste, mit entsprechenden wirtschaftlichen Folgen. Deshalb bestand im Interesse der Stabilität im Euroraum dringender Handlungsbedarf. (Erinnerungen, S. 458)

Der Euro wurde 1999 als Buchgeld und 2002 als Bargeld eingeführt, von zunächst fünfzehn Ländern der EU. Es war aber eine Schönwetterkonstruktion, mit Konvergenzkriterien, aber ohne genauere Überprüfung, ohne Sanktionsmöglichkeiten und ohne Instrumente zur Krisenbekämpfung. Das musste jetzt alles in der Krise nachgeholt werden. Das Instrument, das sich herausbildete, waren die Euro-Rettungsschirme mit hohen Summen aus der Europäischen Union und aus den Euroländern, die den Krisenländern gegen brutale Auflagen wie Sozial- und Rentenkürzungen zur Stabilisierung als Kredite zur Verfügung gestellt wurden. So wurden Irland und Portugal und vor allem Griechenland gerettet, Griechenland erst nach mehreren Regierungen und Jahren. Schäuble und die hinter ihm stehende Bundeskanzlerin waren die Bösewichter für die griechische Nation, die Verbrecher. Heute stehen Irland, Portugal und Griechenland wirtschaftlich gut da, besser als Deutschland, die Rosskur hat geholfen, und der Euro ist stärker als vor der Krise. Aber die Eurokrise und die Maßnahmen zu ihrer Behebung, vor allem die Euro-Rettungsschirme, waren Neuland und die ungeheuren Summen, die bereitgestellt werden mussten, wenn auch gar nicht alle verbraucht und auch zurückgezahlt wurden, haben die ersten vier Jahre Schäubles als Finanzminister geprägt und ihn zu einem großen europäischen Politiker gemacht, zum Retter und Stabilisator der Eurozone.

Die rot-grüne Bundesregierung hatte ein Gesetz zum schrittweisen Atomausstieg beschlossen, die zweite Regierung Merkel beschloss die Verlangsamung des Ausstiegs. Aber die Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 führte bei Angela Merkel zu einem Umdenken und zum schnelleren Ausstieg. Das Vordringen der Taliban in Afghanistan und der brutale Bürgerkrieg in Syrien führten 2015 zu einer neuen unerhörten Flüchtlingswelle, die von der Türkei in die Balkanstaaten drängte und von den hilflosen Anrainerstaaten durchgewinkt wurde. Kanzlerin Merkel war schließlich bereit, die Fliehenden aufzunehmen: „Wir schaffen das“. Es wurde eine ungeheure Anstrengung auch des Bundesfinanzministers, denn der Bund musste überall für die erhöhten Ausgaben einspringen.

Die letzten Jahre der zweiten Regierung Merkel wurden vor allem durch die Querelen der mitregierenden FDP bestimmt, mit Westerwelle, Rösler, Brüderle. Dafür bekam sie bei der Bundestagswahl im September 2013 die Quittung. Sie rutschte unter die Fünfprozent-Hürde und gehörte dem Bundestag nicht mehr an. Die Union gewann Stimmen dazu, die SPD verlor, aber eine neue große Koalition war die einzige Möglichkeit, wenn auch von beiden Seiten nicht geliebt. Minister für Wirtschaft und Energie und Vizekanzler wurde der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, Außenminister wieder Steinmeier, und Wolfgang Schäuble blieb Finanzminister.

Im Jahr 2009 wurde von der Föderalismuskommission von Bund und Ländern die Schuldenbremse diskutiert und schließlich per Grundgesetzänderung in die Verfassung aufgenommen. Hintergrund waren die gigantischen Summen, die zur Rettung des Euro oder als Konjunkturlösungen aufgenom-

men worden waren, meistens in kleinen Gremien, und die dann vom Parlament als „alternativlos“ akzeptiert werden mussten. Auch der frühere Bundespräsident von Weizsäcker kritisierte diese „Entparlamentarisierung“. Wolfgang Schäuble war vermutlich kein besonderer Freund der Schuldenbremse. Er fürchtete die Einengung der Bewegungsfreiheit für die Verantwortlichen, und er hielt auch den Sieg der CDU bei der Klage gegen die Haushaltpläne der Ampel für einen Pyrrhussieg, weil der Handlungsspielraum der politisch Handelnden dadurch weiter eingeschränkt würde. Aber er verstand das Anliegen der Befürworter der Schuldenbremse und arbeitete als Finanzminister sehr an einer Reduzierung der außergewöhnlichen Verschuldung, die tatsächlich nach dem Ende der Eurokrise erheblich zurückfiel. Die zweite Amtszeit als Finanzminister ab 2010 war vor allem von der Normalisierung der Verhältnisse und von der Sanierung der Staatsfinanzen bestimmt, von der „Schwarzen Null“, der Ausrichtung der Ausgaben an den Steuereinnahmen, der „schwäbischen Hausfrau“, die nie mehr ausgibt als sie hat. Schäuble hat mehrere Haushaltsjahre mit der Schwarzen Null abgeschlossen, auch noch sein Nachfolger Olaf Scholz in der letzten großen Koalition. Sie war äußerst populär, aber es wird vermutet, dass der Investitionsstau auch auf die Politik der Schuldenbremse zurückgeht. Die Länder durften für den normalen Haushalt überhaupt keine Schulden mehr machen, der Zustand der Schulen und öffentlichen Einrichtungen wird darauf zurückgeführt, die Bundeswehr war lange Zeit eine bequeme Sparbüchse, die Bundesbahn als wichtiges Staatseigentum verfiel. In seinen Erinnerungen bestreitet Schäuble, dass es wegen der „Schwarzen Null“ zu keinen Investitionen gekommen sei, aber der heutige Zustand der Bundesrepublik spricht dagegen.

Die Bundestagswahl 2017 fand am 24. September statt. Die CDU wie die SPD schnitten schlecht ab, es gab Gespräche zwischen der CDU, der FDP und den Grünen, aber die scheiterten kläglich. In der SPD gab es eine starke Opposition gegen eine neue Große Koalition, die Verhandlungen zogen sich endlos hin. Die CDU-Fraktion wollte Wolfgang Schäuble als Bundestagspräsidenten, er schied deshalb als Finanzminister aus der noch amtierenden Regierung aus. Sein kommissarischer Nachfolger wurde Peter Altmaier, bis zum 14. März 2018, als die neue Große Koalition ins Amt kam. Vizekanzler und Finanzminister wurde Olaf Scholz.

Wolfgang Schäuble war vom 24. Oktober 2017 bis zum Ende der Legislaturperiode Bundestagspräsident, trotz nachlassender Kräfte ein sehr pünktlicher, sehr pflichtbewusster, von fast allen geschätzter Versammlungsleiter, auch wenn er unter den neuen Sitten der AfD zu leiden hatte. Den neugewählten Bundestag vom 21. September 2021 eröffnete er als Alterspräsident. Wolfgang Schäuble starb am 26. Dezember 2023 in Offenburg im Kreis seiner Familie. Seine eben fertig gewordenen Erinnerungen erschienen im Frühjahr 2024.